

Udo Wengst

Die Partei Adenauers

Neuerscheinungen zur Geschichte der Union

Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag

Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1981–1986. Mit Nachträgen 1945–1980, erstellt von Brigitte Krahe und Michaela Seibel (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Günter Buchstab, Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 15), Droste Verlag, Düsseldorf 1990, XVI+687 S., Ln, 148 DM.

Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden, bearb. von Brigitte Kaff (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Günter Buchstab, Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 17), Droste Verlag, Düsseldorf 1991, XXXII+842 S., Ln, 148 DM.

Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949, bearb. von Rainer Salzmann (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 13), Droste Verlag, Düsseldorf 1988, 481 S., Ln, 138 DM.

Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953–1957, bearb. von Günter Buchstab (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Günter Buchstab, Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 16), Droste Verlag, Düsseldorf 1990, XXXII+1380 S., Ln, 98 DM.

Horstwalter Heitzer, Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 12), Droste Verlag, Düsseldorf 1988, 814 S., Ln, 98 DM.

Michael Richter, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Günter Buchstab, Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 19), Droste Verlag, Düsseldorf 1990, 488 S., Ln, 79 DM, 2. Aufl. Paperback, 29,80 DM.

Wulf Schönbohm, Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 7), Klett-Cotta, Stuttgart 1985, 343 S., Ln, 74 DM.

Josef Schmid, Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Förderalismus, Leske + Budrich, Opladen 1990, 350 S., Kart., 48 DM.

Hans Süßmuth, Kleine Geschichte der CDU-Frauen-Union. Erfolge und Rückschläge 1948–1990 (= Parteien und Verbände, hrsg. von Hans Süßmuth, Bd. 1), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1990, 221 S., Kart., 12,80 DM.

Johannes Weberling, Für Freiheit und Menschenrechte. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) 1945–1986, Walter Rau Verlag, Düsseldorf 1990, 289 S., Kart., 36 DM.

Wolfgang Schroeder, Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews, Bund-Verlag, Köln 1990, 440 S., Linson, 39,80 DM.

Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bd. 8: Manfred Luda – Bernhard Winkelheide, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Unterabteilung Wissenschaftliche Dokumentation, Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1990, 258 S., Paperback, 38 DM.

Heinrich Köppler, Christ und Politiker 1925–1980, hrsg. von Friedrich Kronenberg und Bernhard Vogel, Droste Verlag, Düsseldorf 1990, 239 S., Ln, 29,80 DM.

Hermann Ehlers, Präsident des Deutschen Bundestages. Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950–1954, bearb. von Rüdiger Wenzel, hrsg. und eingeleitet für die Hermann-Ehlers-Stiftung von Karl-Dietrich Erdmann, Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1991, X+676 S., Ln, 96 DM.

Andreas Meier, Hermann Ehlers. Leben in Kirche und Politik, Bouvier Verlag, Bonn 1991, 625 S., geb., 68 DM.

Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1991, 1083 S., geb., 68 DM.

Ihrer Bedeutung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland entsprechend sind die Parteien seit geraumer Zeit viel untersuchter Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen. Sicherlich dominieren dabei Studien, die von Politikwissenschaftlern, Soziologen und Journalisten erstellt wurden, deren Forschungsinteressen sich eher auf den augenblicklichen Zustand beziehen, die nicht selten auf Aktualität bedacht sind und deren Beiträge schon bald wieder in Vergessenheit geraten, da sie durch neue wiederum aktuellere Arbeiten ersetzt werden. Daneben hat sich jedoch auch eine Parteienforschung etabliert, die von Historikern betrieben wird, die Geschichte der Parteien aufarbeitet und dabei mittlerweile eine Quellenbasis vorfindet, wie sie kaum jemals zuvor existierte. Dies trifft im besonderen Maß für die CDU zu, über deren Geschichte es eine Fülle von Veröffentlichungen gibt. Das starke Interesse der Historiker an der Union ist jedoch nicht in erster Linie auf die günstige Quellengrundlage zurückzuführen, sondern vielmehr darauf, daß die Neugründung der Union nach 1945 sich als erfolgreich erwies und diese zu der Partei wurde, die das Gesicht der Bundesrepublik Deutschland wie keine andere prägte.

Eine zweibändige Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU, deren erster Band den Zeitraum von 1945–1980 abdeckt (siehe Besprechung AfS XXIV, 1984, S. 683 f.) und deren zweiter die Literatur aus den Jahren von 1980–1986 auflistet (mit Nachträgen von 1945–1980), gibt annähernd 19 000 Titel an (11 753 in Bd. 1, 7157 in Bd. 2). Im wesent-

lichen orientiert sich die Gliederung des zweiten Bandes am ersten: In einem 1. Teil unter der Überschrift »Geschichte, Programmatik und Struktur der CDU und CSU« werden die Veröffentlichungen in neun Unterkapitel gegliedert: Quellen; Ansprachen von CDU- und CSU-Politikern; Politisch-biographisches Schrifttum über CDU- und CSU-Politiker; Parteigeschichte der CDU und CSU; Programme, Organisation, Parteitage und Kongresse der CDU und CSU; Organisation und Kongresse der Vereinigungen und Sonderorganisationen der CDU und CSU; Beziehungen der CDU und CSU zu anderen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen und Gruppen; Beziehungen der CDU und CSU zu christlich-demokratischen Parteien des Auslandes sowie Wahlen und parlamentarische Vertretung. In einem 2. Teil, überschrieben mit »Die Politik der CDU und CSU«, wird sodann die Literatur aufgeteilt in die Gruppen Allgemeine Darstellungen, Länder und Gemeinden sowie die Bundesebene, wobei die letztere nochmals zeitlich (bis 1949, 1949–1963, 1963–1969, 1969–1982 und 1982–1986) und jeweils thematisch untergliedert ist. Das Ganze wird erschlossen durch ein Personen-, Sach- und Institutionen- sowie ein Regionenregister, so daß der Benutzer einen leichten Zugriff auf die ihn interessierenden Themen hat. Hingewiesen werden muß darauf, daß die Bibliographie alle Titel erfaßt, die auch nur entfernt mit der Union zu tun haben. Nicht zuletzt enthält der zweite Band auch Angaben zur sogenannten grauen Literatur, d. h. zu Schriften, die von den Parteien, ihren Vereinigungen und Sonderorganisationen herausgegeben wurden.

Alles in allem ist die Bibliographie für jeden, der sich mit der CDU befaßt, ein unverzichtbares Hilfsmittel. Sie vermittelt aber durch die große Zahl der aufgeführten Titel ein falsches Bild über den Stand der wissenschaftlichen Erforschung der Geschichte der Union, da nur ein Teil der genannten Arbeiten sich der Union als eigentlichem Forschungsgegenstand zuwendet. Von diesen Arbeiten kann wiederum nur ein Teil als wissenschaftlich gelten, und davon schließlich weist ein noch geringerer Teil eine historische Zielsetzung und Vorgehensweise auf. Von diesen vergleichsweise wenigen Arbeiten sollen im folgenden einige Neuerscheinungen der letzten Jahre zur Besprechung kommen, wobei die einzelnen Titel durchaus unterschiedlich gewichtet werden: Auf Bücher, die in den letzten beiden Jahren erschienen sind, wird detaillierter eingegangen als auf etwas ältere Arbeiten, und Bände, deren Beitrag zum Erkenntnisfortschritt offensichtlich ist, werden eingehender abgehandelt als Studien, für die das weniger zutrifft.

Einen wichtigen Platz nehmen im Rahmen der Neuerscheinungen zur Frühgeschichte der Union die von Mitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung bearbeiteten Bände ein, in denen Quellenbestände veröffentlicht werden. So sind bereits in den Jahren 1981 und 1986 die Sitzungsprotokolle der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat (siehe Besprechung AfS XXIV, 1984, S. 686) und des CDU-Bundesvorstandes für den Zeitraum von 1950–1953 (siehe Besprechung AfS XXVIII, 1988, S. 637 f.) erschienen. Nunmehr liegen drei weitere gewichtige Quellenbände vor. Da ist zuerst auf die Edition der Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden zu verweisen, die Brigitte Kaff bearbeitet hat. Die Arbeitsgemeinschaft, die von 1946 bis 1950 das »organisatorische Bindeglied zwischen den Zonen- und Landesverbänden« darstellte (S. VII), besaß keine Entscheidungskompetenzen und diente lediglich als Diskussionsort und Clearingstelle. Verschiedene Versuche, auf der Basis der Arbeitsgemeinschaft die CDU als Bundespartei zu gründen, scheiterten insbesondere an Bayern, aber auch an Adenauer, der sich über Jahre hinweg in dieser Frage abwartend verhielt und erst im Mai 1950 dafür eintrat, »die Partei auf gesamtdeutscher Basis zu organisieren« (S. 695). Adenauers Stellung in der Partei war inzwischen so gefestigt, daß er bereits zu diesem Zeitpunkt von den Landesvorsitzenden einstimmig zum vorläufigen Vorsitzenden der Partei gewählt wurde (S. 698) und an einer Bestätigung dieser Entscheidung, die im Herbst 1950 in Goslar erfolgte, kein Zweifel mehr bestand.

Während die Arbeitsgemeinschaft keinen Vorsitzenden, sondern nur einen Vorstand besaß, ließ sich Adenauer auf der ersten Konferenz der Landesvorsitzenden am 10. Juni 1948 sogleich zum Vorsitzenden dieser Konferenz wählen (S. 212–217). Ebenso verfuhr er, als zur Koordinierung des Bundestagswahlkampfes im Frühjahr 1949 ein Wahlausschuß und ein Wahlrechtsausschuß eingesetzt wurden, deren Sitzungsprotokolle ebenfalls in dem Band veröffentlicht sind (S. 371–465, S. 560–634). Insbesondere aus der Konferenz der Landesvorsitzenden entwickelte sich ein »organisatorisches Institut«, auch wenn sich die CSU dagegen verwahrte und an der Übernahme des Vorsitzes durch Adenauer zunächst Kritik übte (S. 223 ff. und S. 230 f.).

Bis in das Jahr 1948 hinein nahmen Mitglieder der Ost-CDU an den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft und der Landesvorsitzenden teil; erst im August 1948 distanzierte sich die Arbeitsgemeinschaft von der Führung der Ost-CDU unter Nuschke und Hickmann. Vertreter der CSU beteiligten sich bis Mai 1950 an den Sitzungen, und noch das Partei-Statut vom Oktober 1950 enthielt als letzten Paragraphen die Formulierung: »Die CDU bildet nach näherer Vereinbarung mit der CSU eine Arbeitsgemeinschaft« (S. 756).

Die veröffentlichten Dokumente sind insbesondere im Hinblick auf die Konflikte von Interesse, die im Vorfeld der Staats- und Parteigründung auf Bundesebene geführt wurden, etwa zwischen Adenauer und Kaiser um die Führung der Union (S. 46–57) oder zwischen Adenauer und Ehard über das Grundgesetz (S. 520–533). Darüber hinaus verdeutlicht die Lektüre der Quellen das stetig wachsende Gewicht Adenauers in der Partei, und nicht zuletzt ist es reizvoll, beispielsweise Ausführungen Adenauers über eine eventuelle Wiederbewaffnung (S. 264 ff.) oder seine Vorstellungen über die einzuschlagende Taktik gegenüber den Alliierten (S. 284) vom Januar 1949 nachzulesen.

Brigitte Kaff hat insgesamt Unterlagen von 23 Sitzungen unterschiedlicher Leitungsgremien der Union veröffentlicht. Dabei ist die Überlieferung durchaus verschieden. Neben stenographischen Niederschriften gibt es knappe Beschlußprotokolle oder lediglich Einladungsschreiben und Pressecommuniqués. Wenn möglich, hat die Bearbeiterin zur Aufhellung von Sitzungsabläufen auch Parallelüberlieferungen abgedruckt und somit den Informationswert ihrer Edition erhöht. Die Dokumente werden durch eine knappe Einleitung sowie ein Personen- und Sachregister erschlossen. Wie in den anderen Bänden dieser Reihe fehlt beim Personenregister allerdings bei häufig genannten Namen eine sachthematische Untergliederung (was die Benutzerfreundlichkeit einschränkt), und die Kommentierung der einzelnen Dokumente ist insgesamt knapp ausgefallen. Informativ sind dagegen die im Band enthaltenen Übersichten über die Organisationsstruktur der Arbeitsgemeinschaft und ihrer Ausschüsse sowie die Kurzbiographien der Sitzungsteilnehmer.

Bereits 1988 sind die von Rainer Salzmann bearbeiteten Protokolle der Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat erschienen. In diesem Band sind insgesamt 161 Sitzungen festgehalten, die im Zeitraum vom 21. Juli 1947 bis zum 27. August 1949 stattfanden. In aller Regel handelt es sich bei den Protokollen um knappe Beschlußprotokolle, in einigen Fällen auch um ausführlichere Verlaufsprotokolle. Zur Erhöhung des Informationswertes der Protokolle hat Salzmann in den Anmerkungen ergänzendes Material insbesondere aus den Nachlässen Holzapfel (Fraktionsvorsitzender) und Pünder (Oberdirektor der Verwaltung) abgedruckt. Erschlossen wird die Edition durch eine knappe Einleitung, einen – bisweilen recht ausführlichen – Kommentar sowie ein Personen- und Sachregister.

In den veröffentlichten Protokollen kann man nachlesen, wie die CDU/CSU-Fraktion im Sommer 1947 mit ihrem Festhalten an der Forderung, daß ein Unionspolitiker den Direktorenposten der Verwaltung für Wirtschaft besetzen müsse, die Vorentscheidung für die »bürgerliche« Koalitionsbildung fällte (S. 43–46, S. 51–54) und im Frühjahr 1948 durch ihre Kompromißbereitschaft gegenüber der FDP die Wahl von Pünder zum Oberdirektor und von Ludwig Erhard zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft durchsetzte (S.

156 f.). Von besonderem Interesse sind die Debatten über den wirtschaftspolitischen Kurs des Wirtschaftsrates, wobei in diesem Gremium schon vor der Wahl Ludwig Erhards eine Mehrheit für eine freie Wirtschaft plädierte (S. 64, S. 73, S. 86, S. 96 und S. 108). Forciert und durchgesetzt hat die marktwirtschaftliche Konzeption dann allerdings erst Erhard, der dann aber auf Widerstand in der Fraktion stieß, als nach der Währungsreform im Herbst 1948 Probleme auftraten (S. 225 f., S. 268, S. 285 f.).

Obwohl Adenauer dem Wirtschaftsrat nicht angehörte, nahm er doch an einer Reihe von Sitzungen teil und wirkte darauf hin, daß die von der Fraktion verfolgte Politik seinen Intentionen entsprach. So vertrat er im Sommer 1947 in der Fraktion mit Nachdruck die Meinung, daß die CDU die »Regierungsverantwortung« in der Bizone übernehmen müsse (S. 46). Wenig später warnte er vor der SPD, die danach trachte, »die CDU kaputt zu machen« (S. 81 f.). Bereits zu diesem Zeitpunkt und nochmals ein Jahr später mahnte er die Fraktion, auf die Abgrenzung ihrer Verantwortlichkeit gegenüber den Alliierten bedacht zu sein, und im Oktober 1948 verlangte er mit Blick auf die erste Bundestagswahl von seinen Parteifreunden in Frankfurt eine einheitliche (Wirtschafts-)Politik (S. 284). Auch 1949 hat es Interventionen Adenauers gegenüber CDU-Abgeordneten des Wirtschaftsrates gegeben – an den Sitzungen der Fraktion nahm er nun allerdings nicht mehr teil. Dies war darauf zurückzuführen, daß der Wirtschaftsrat an Bedeutung verlor, da die wichtigen politischen Entscheidungen nun vor allem in Bonn – im Parlamentarischen Rat und in den Überleitungsausschüssen – fielen.

In Bonn trat ab 1950 in aller Regel auch der CDU-Bundesvorstand zusammen, dessen Sitzungsprotokolle für den Zeitraum vom September 1953 bis zum Juli 1957 Günter Buchstab veröffentlicht hat. Im angegebenen Zeitraum trat der Bundesvorstand zu insgesamt 20 Sitzungen zusammen. Angesichts der geringen Tagungsfrequenz und der Größe des Quorums (zwischen 45 und 62 Teilnehmern) fungierte der Vorstand weniger als Entscheidungsgremium, sondern als Diskussionsforum, in dem über alle wesentlichen Aspekte der Politik debattiert wurde. Für Adenauer dienten die Vorstandssitzungen dazu festzustellen – so seine Äußerung am 10. März 1956 –, ob »denn die Leute im großen und ganzen« mit ihm übereinstimmen oder ob es nicht »andere Möglichkeiten« gebe, als er sie aufgezeigt habe (S. 850). Der Wert der Quelle ergibt sich vor allem daraus, daß es sich bei den Sitzungsprotokollen um stenographische Mitschriften handelt, die insgesamt 1315 Druckseiten füllen. Mit Hilfe eines knapp 50 Seiten umfassenden Personen- und Sachregisters und einer – etwas knappen – Kommentierung wird dem Benutzer ein insgesamt guter Zugang zu der umfangreichen Quellenbasis geboten.

In seiner kurzen, aber prägnanten Einleitung verweist Buchstab mit Recht darauf, daß man sich durch die beiden Eckdaten der zweiten Legislaturperiode, nämlich die großen persönlichen Erfolge Adenauers bei den Bundestagswahlen von 1953 und – noch stärker – 1957 nicht dazu verleiten lassen sollte, »die politische Entwicklung jener vier Jahre« als »einen stetigen und gradlinigen Aufwärtstrend der CDU« mißzuverstehen (S. VII). Zu einer ähnlichen Fehldeutung könnte auch der historische Rückblick auf diese Zeit verführen, wenn man insbesondere die Erfolge der Bundesregierung in jenen Jahren betrachtet: Hier ist vor allem hinzuweisen auf den erfolgreichen Abschluß der Westintegration durch die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und die Erlangung der (eingeschränkten) Souveränität 1955, den Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik und den Zusammenschluß Westeuropas in EWG und EURATOM 1957 sowie die als historisch zu bezeichnende Rentenreform im selben Jahr.

Das Studium der Protokolle zeigt nachdrücklich, daß alle diese heute unbestrittenen und unbestreitbaren Erfolge mit vorherigen Niederlagen, tiefgreifenden Kontroversen oder gravierenden Einschränkungen ursprünglicher Konzepte verbunden waren. Zur Konkretisierung dieser allgemein gehaltenen Aussagen sei nur darauf verwiesen, daß der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO das Scheitern der EVG vorausging; daß der Beitritt des

Saarlandes zur Bundesrepublik nicht der von Adenauer lange Zeit verfolgten Saarpolitik entsprach, die im Bundesvorstand zu heftigen Auseinandersetzungen führte (S. 609–644); daß die Rentenreform lediglich einen Teilbereich einer ursprünglich geplanten umfassenden Sozialreform darstellte.

Darüber hinaus war die Politik der Bundesregierung und der Union durch weitere Belastungen gekennzeichnet, die das Erreichen der angestrebten Ziele durchaus in Frage stellten. Hier ist hinzuweisen auf die Differenzen mit der FDP, die 1956 zum Auseinanderbrechen der Regierungskoalitionen mit den Liberalen im Bund und in Nordrhein-Westfalen führten; auf die Aufbauprobleme der Bundeswehr mit dem hiermit verbundenen Wechsel des Verteidigungsministers (von Blank zu Strauß) und die Debatte über die Atombewaffnung; schließlich auf das ständig notwendige Bemühen des Bundeskanzlers, in den eigenen Reihen um Verständnis und Unterstützung für seine Politik der Westintegration und der damit in Zusammenhang stehenden Wiedervereinigungskonzeption zu suchen. Insbesondere das zuletzt genannte Thema durchzieht die Protokolle wie ein roter Faden.

Hinzu kam schließlich noch eine Kritik am Zustand der Partei und Adenauers Führungsstil. Es war Alois Zimmer, der im November 1955 die Frage aufwarf, ob überhaupt noch eine »autonome Parteiführung« vorhanden oder ob »die Parteiführung identisch mit der Führung des Kabinetts plus Bundestagsfraktionsvorstand« sei (S. 692). Derselbe Zimmer hatte bereits zwei Monate zuvor ein stärkeres »Selbstbewußtsein« der Partei mit der Begründung gefordert, daß irgendwann die Zeit kommen werde, »wo der Bundeskanzler nicht mehr oben steht« (S. 646 f.). Adenauer, in dessen Abwesenheit Zimmer seine Kritik bezeichnenderweise äußerte, sprach sich zur Frage nach der Rangfolge von Partei und Fraktion unterschiedlich aus (S. 567 und S. 829), und im Juni 1955 fand er es selbst erschreckend, daß sich die CDU nur auf ihm aufbaue (S. 572). Als jedoch die Vertreter der Landesverbände von Nordrhein und Westfalen-Lippe im Frühjahr 1956 daran gingen, durch eine Statutenänderung die Zusammensetzung des Vorstandes zu ändern und durch eine Erweiterung der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden die Parteiführung auf eine breitere Basis zu stellen, stieß dies auf den erbitterten Widerstand des Bundeskanzlers (S. 908–918). Auf dem Parteitag in Stuttgart 1956 setzten sich die Antragsteller jedoch durch und fügten Adenauer eine Niederlage bei. An der »dominierenden Rolle Adenauers« in der Partei – so Buchstab in der Einleitung – und dem großen Einfluß der »Regierungsfraktion in der Parteispitze auf die politischen Richtlinien und auf den Gesetzgebungsprozeß« (S. XXVII und S. XXXI) vermochte dies jedoch wenig zu ändern.

Erste Erfahrungen als Parteiführer hatte Konrad Adenauer nach dem Krieg als Vorsitzender der rheinischen CDU und insbesondere als Vorsitzender des Zonenverbandes der CDU in der britischen Zone gemacht. Die Geschichte dieses Zonenverbandes, der in den Westzonen die einzige Unionsorganisation oberhalb der Länderebene darstellte, hat Horstwalter Heitzer in einer umfangreichen Monographie, einer Habilitationsschrift, auf der Grundlage einer beeindruckenden Quellenbasis abgehandelt. Gegliedert in drei Teile (CDU-Parteigründungen in den Ländern der britischen Zone und erste Versuche überregionaler parteipolitischer Zusammenarbeit, Parteiführung und -organisation von 1946 bis 1949, Zonenausschuß), vermittelt sie dem Leser einen detaillierten Einblick in den Zonenverband, der »in hohem Maße mit der Persönlichkeit Adenauers« verbunden war (S. 742) und der dem späteren Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzenden »als Hausmacht im Kampf um die Führung der CDU« diente (S. 745). Aufgrund der herausgehobenen Stellung Adenauers im Zonenverband steht Adenauer so sehr im Mittelpunkt von Heitzers Darstellung, daß sie sich über weite Strecken wie ein Beitrag zu Adenauers Biographie in den ersten Nachkriegsjahren liest.

Heitzers Buch vermittelt nicht so sehr grundsätzlich neue Einsichten, sondern leuchtet ein an sich bekanntes Bild facettenreich aus. Dies gilt beispielsweise im Hinblick auf Adenauers Einflußnahme auf die Programmdiskussion der Union, die Adenauer Heitzer zu-

folge »direkt oder indirekt dominiert« habe, aber im wesentlichen auch für die Auseinandersetzungen und Konflikte Adenauers mit Hermes, Kaiser und Arnold, in denen sich Adenauer schließlich gegen seine Konkurrenten durchsetzte.

Von besonderem Interesse sind im Zusammenhang dieses Forschungsberichtes Heitzers Ausführungen über Adenauers Führungsstil, der von seinen Erfahrungen als Kölner Oberbürgermeister geprägt war und bereits alle Elemente enthielt, die auch Adenauers späteren Umgang mit der Bundes-CDU auszeichneten. Der Vorsitzende des Zonenverbandes »stand einer kooperativen Parteiführung distanziert gegenüber, weil sie seinen politischen Handlungsspielraum einschränkte. Adenauers Stellvertreter in der rheinischen und zonalen Partei wurden an politischen Entscheidungsprozessen oft nur partiell beteiligt, unzureichend oder verspätet unterrichtet. Kein anderer Landesvorsitzender handhabte die Einberufung des Vorstandes so eigenmächtig wie Adenauer« (S. 743). Mit Blick auf Adenauers mächtige und unangefochtene Stellung im Zonenverband wird verständlich, warum er einem organisatorischen Ausbau der Arbeitsgemeinschaft zu einer Bundespartei über Jahre hinweg distanziert gegenüberstand und den Zonenverband auch erst dann auflöste, als er bereits Bundesvorsitzender der CDU war.

Auf den ersten Blick erscheint es unverständlich, daß die Monographie, die Michael Richter über die Geschichte der Ost-CDU für die Jahre von 1948 bis 1952 geschrieben hat, in einem Forschungsbericht abgehandelt wird, der unter der Überschrift »Die Partei Adenauers« steht. Als eines der wesentlichen Ergebnisse der Arbeit Richters, die lediglich auf Aktenbeständen in Archiven der »alten« Bundesrepublik und auf Zeitzeugenbefragungen basiert, aber gleichwohl durch ihren Ertrag beeindruckt, ergibt sich jedoch, daß sich Funktion und Bewegungsspielraum der Ost-CDU im behandelten Zeitraum allein aus gesamtdeutscher Perspektive erklären lassen. Die Sowjets erkannten, daß auch in einem wiedervereinigten Deutschland die CDU (Adenauers) eine Mehrheit erringen würde, und wollten sich für diese Eventualität über die Ost-CDU Einflußmöglichkeiten offenhalten.

Richter, dessen Darstellung mit der Absetzung Kaisers als Vorsitzender der Ost-CDU durch die Sowjets im Dezember 1947 einsetzt, zeichnet präzise den Umwandlungsprozeß der Ost-CDU von einer zu Beginn noch teilweise demokratischen Partei zu einer Kaderpartei nach. Er kann darlegen, wie sich die Führung und die Basis auseinanderentwickelten, weil die Parteispitze offen die SED-Diktatur unterstützte, »während die CDU-Arbeit an der Basis in die Illegalität gedrängt und kriminalisiert wurde« (S. 195). Mit rüden Methoden, die an Vorgänge bei der nationalsozialistischen Machtergreifung erinnern, wurde in der zweiten Januarhälfte 1950 der sächsische Landesvorsitzende Hickmann zum Rücktritt gezwungen (S. 223 f.) und die CDU der DDR »als Teil der Nationalen Front vollständig zu einem Instrument kommunistischer Machtpolitik« umgeformt (S. 289). Bis zum Frühjahr 1952 kam es zu Entlassungswellen von CDU-Mitgliedern in Verwaltungen, Schulen, in der Justiz und der Polizei: »Schritt für Schritt wurde die CDU aus allen Bereichen, die für das politische Leben der DDR von Bedeutung waren, verdrängt« (S. 317).

Bis zu den Stalin-Noten von 1952 blieb ihr allein die Aufgabe gestellt, Einfluß auf die Kirchen und die christliche Öffentlichkeit in der Bundesrepublik zu nehmen, Westspionage zu betreiben und sich für eine eventuelle gesamtdeutsche Alternative bereit zu halten. Dabei ließen die Sowjets gegenüber dem Außenminister der DDR und führenden CDU-Politiker Dertinger keinen Zweifel an der mit den Stalin-Noten verfolgten Absicht. Der sowjetische Botschafter Puschkin teilte ihm mit, daß »gerade die Verhinderung der Westbindung der Bundesrepublik das eigentliche Ziel der (1.) Note gewesen sei« (S. 356). Und aus einem Artikel, den Dertinger Anfang April 1952 für die »Tägliche Rundschau« geschrieben hatte, strich der sowjetische Chefredakteur folgenden Satz: »Im Gegensatz zur (1.) westlichen Antwort geht aus der (2.) sowjetischen Note hervor, daß die Sowjetunion nicht daran denkt, Deutschland in ein östliches Bündnissystem einzugliedern oder das deutsche Potential für sich nutzbar zu machen« (S. 357). Mit dem Scheitern des Notenwechsels und damit

der gesamtdeutschen Alternative verloren die Sowjets endgültig das Interesse an der Ost-CDU, und die SED besaß nun freie Hand. Dertinger und zahlreiche andere CDU-Funktionäre wurden im Januar 1953 verhaftet und anschließend verurteilt (S. 363–368). Als neuer »starker Mann« der Partei etablierte sich Generalsekretär Gerald Götting, der die Partei zu einer Kaderpartei umformte.

Mit Recht hat Richter als den wesentlichen Unterschied der Entwicklungen in der Union der Bundesrepublik und der CDU in der SBZ/DDR herausgehoben, »daß sich in der westlichen Union die Politiker durchsetzten, deren Auffassungen Mehrheiten in der Partei fanden, während durch die restriktive Politik der SMAD in der SBZ gerade die politischen Kreise protegiert wurden, die kaum über Rückhalt unter den Mitgliedern der CDU verfügten« (S. 376).

Mit der Geschichte der Organisation der (westlichen) CDU in den Jahren von 1950–1980 hat sich Wulf Schönbohm beschäftigt. Für den Zeitraum der Ära Adenauer konstatiert Schönbohm eine starke Stellung der Landesverbände, denen gegenüber allein Adenauer eine Chance hatte, sich durchzusetzen, da er »durch Kanzleramt, Parteivorsitz und seine überragende Persönlichkeit eine besondere Autorität in der Partei genoß« (S. 38). Allerdings schränkt Schönbohm diese Feststellung im folgenden ein, wenn er sagt, daß Adenauers Macht als Parteiführer nicht »unbegrenzt« gewesen sei: »In allen Fragen der Parteiorganisation, des Parteiapparates, der Parteifinancen usw., bei denen die Kompetenzen der Landesverbände tangiert waren, setzte sich Adenauer [...] in der Mehrzahl der Fälle nicht durch« (S. 40 f.). Im gewissen Gegensatz hierzu formuliert Schönbohm an anderer Stelle, daß die CDU der 50er Jahre ein »Hilfsorgan von Parteirepräsentanten in Regierung und Fraktion« gewesen sei und sie sich erst seit den 60er Jahren als eigenständige Organisation emanzipiert habe (S. 295). Aus einem »Kanzlerwahlverein« und einer »Honoratiorenpartei«, aus einer »christlichen Gesinnungs- und Weltanschauungspartei« entwickelte sich – so Schönbohm – letztlich erst im Lauf der 70er Jahre eine »pluralistische Volkspartei«, eine »Mitgliederpartei« mit einer »zur politischen Drehscheibe und Koordinationszentrale« gewordenen Bundesgeschäftsstelle, die eine Zentralisierung der Parteiführung herbeigeführt habe, die mit der »Zurückdrängung der in der CDU traditionell starken föderalistisch-dezentralen Vorstellungen« verbunden gewesen sei (S. 297–300).

In mehrfacher Hinsicht kann an der etwas stromlinienförmig geratenen Darstellung Schönbohms Kritik angemeldet werden. So hat Heitzer bereits der CDU in der britischen Zone bescheinigt, daß sie aufgrund ihrer weltanschaulichen Grundpositionen, der Programmatik sowie der Mitglieder- und Wählerstruktur von Beginn an eine Mitglieder- und Volkspartei gewesen sei. Unter Berücksichtigung dieses Ergebnisses erscheint es sinnvoller, den zweifellos zu konstatierenden Wandlungsprozeß der Union als Entwicklung zu einer modernen »Apparatpartei« zu kennzeichnen, wobei allerdings aufgrund einer kürzlich erschienenen politikwissenschaftlichen Studie zu fragen ist, ob die Bedeutung der Landesverbände auch in der Gegenwart nicht höher zu veranschlagen ist, als dies Schönbohms Analyse nahelegt. Denn Josef Schmid kann in seiner Monographie, deren politikwissenschaftlicher Jargon dem Rezensenten ein Ärgernis war, nachweisen, daß in der CDU immer noch ein »föderatives Subsystem« existiert (S. 247), daß die Partei durch einen föderativen Aufbau mit einer beachtlichen Autonomie der Landesverbände geprägt ist, der zwar einerseits »durch konvergierende Effekte eingeschränkt« wird, der andererseits jedoch durch einen föderativ ablaufenden Willensbildungsprozeß wiederum größeres Gewicht erhält (S. 285–288).

Als »parteiliche Geschichtsschreibung« können die Arbeiten bezeichnet werden, die Hans Süßmuth über die CDU-Frauen-Union und Johannes Weberling über den Ring Christlich-Demokratischer Studenten geschrieben haben. Da beide Arbeiten wenig analytisch, sondern weitgehend deskriptiv angelegt sind und zudem auf einer schmalen Quellenbasis beruhen, sollen wenige Anmerkungen genügen. Hans Süßmuth, der Ehemann der jet-

zigen Vorsitzenden der Frauen-Union, bietet einen bisweilen langweiligen und den Leser ermüdenden Bericht über die Entstehung und Entwicklung der verschiedenen Frauenorganisationen der Union aufgrund von Tagungsprotokollen, Resolutionen und Briefen, wobei letztere in großer Zahl auch abgedruckt wurden. Einen ersten wichtigen Erfolg im Kampf der CDU-Frauen um mehr politisches Mitspracherecht sieht Süssmuth in der Berufung von Elisabeth Schwarzhaupt in das Bundeskabinett im Jahr 1961 durch Adenauer. Den »Durchbruch in der Frauenpolitik« der Union setzt Süssmuth allerdings erst für die Jahre nach 1985 an. Das ist nun just der Zeitraum, für den Ehefrau Rita als Vorsitzende der Frauen-Union und als Ministerin bzw. Bundestagspräsidentin herausragende Verantwortung für die Frauenpolitik der Union trägt. Geschichtsschreibung gerät Süssmuth in diesem Teil seines Buches zur »innerfamiliären Hagiographie«, die zudem im Stil der Erfolgsbilanzen von Wahlkampfbroschüren abgefaßt ist.

Wesentlich umfassender als Süssmuths Darstellung ist die Dissertation von Johannes Weberling über den RCDS ausgefallen, dessen Vorsitzender er selbst von 1981–1983 war. Weberling informiert ausführlich über Vorgeschichte, Geschichte, Organisation, die Hauptfelder der politischen Arbeit, Publikationswesen und Finanzierung des Verbandes, der selbst keine Gliederung der Union darstellt, mit ihr aber doch vielfältig verbunden war und ist. Aus Weberlings Arbeit läßt sich ersehen, daß der RCDS die Nähe der Union suchte, wenn sie in der Bundesregierung vertreten war, aber auf Distanz ging, als sie die Oppositionsrolle übernehmen mußte (S. 243 f.). Eine Erklärung hierfür sucht man bei Weberling allerdings vergeblich, wie überhaupt das Kapitel über das Verhältnis des RCDS zur CDU/CSU sehr allgemein und knapp gehalten ist. Ein problematisierender Ansatz fehlt durchgängig, und nicht selten glaubt man, bei der Lektüre Vorstandsproklamationen vor sich zu haben, etwa wenn Weberling die Arbeit des RCDS wie folgt charakterisiert: »Aus seinem Grundverständnis kam es ihm darauf an, eine konkrete, überschaubare und durchsetzbare Politik zu betreiben, ohne den Blick für das Ganze zu verlieren, und seine christlich-demokratischen Grundwerte durch Arbeit, Inhalt und Stil deutlich zu machen und dafür zu werben« (S. 202).

Mit Hilfe von Zeitzeugenbefragungen versuchte Wolfgang Schroeder im Rahmen eines größeren Forschungsprojektes den »katholischen Beitrag zur Entwicklung der Einheitsgewerkschaft« aufzuhellen. Von den 50 Interviews, die er hierzu geführt hat, sind nunmehr 17 veröffentlicht worden, die in sieben Kapitel unterteilt und jeweils mit einer kurzen Einleitung versehen wurden. In den einzelnen Kapiteln kommen einer oder mehrere Vertreter einer bestimmten Gruppierung oder Richtung zu Wort. u. a. die Christlich-Sozialen im DGB (Bernhard Tacke, Maria Weber, Adolf Müller, Rudi Nickels), die Christlich-Soziale Kollegenschaft (Franz Heckhausen, Hermann Pieperhoff), die Sozialausschüsse der CDU (Hans Katzer), die Katholische Arbeiterbewegung (Bernhard Winkelheide, Heiner Budde, Josef Hofmeister), die christliche Arbeiter-Jugend (Georg Ruhmöller), der Jesuitenorden (Oswald von Nell-Breuning, Franz Prinz, Hermann-Josef Wallraff) sowie schließlich die linkskatholischen »Partisanen« (Walter Dirks, Theo Pirker, Alfred Horné).

Ein großer Teil der Interviewten war personell und auch institutionell an die CDU gebunden, in der sie allerdings allesamt dem sich in der Minderheit befindlichen »linken« Flügel angehörten. Aus mehreren Interviews ergibt sich, daß Adenauer diesem Teil seiner Partei mit Distanz und Reserve gegenüberstand und bestrebt war, die einzelnen Organisationen (z. B. Sozialausschüsse, Christlich-Soziale Kollegenschaft und Katholische Arbeiterbewegung) gegeneinander auszuspielen und zu schwächen (S. 164). Dem gleichen Ziel dienten auch Personalentscheidungen, wenn Adenauer profilierte Vertreter der christlichen Gewerkschaften in wichtige Staatsstellungen brachte, »damit sie ihm nicht als linker Flügel in der CDU Schwierigkeiten machen konnten« (S. 362). Daneben verstand er allerdings auch, diese Kräfte zur Durchsetzung seiner Politik in der Öffentlichkeit einzusetzen,

so die Katholische Arbeiterbewegung, die er frühzeitig für eine Kundgebung für die Wiederbewaffnung gewann (S. 202).

Einer der Interviewten, Bernhard Winkelheide, hat in einem Band der Reihe »Aufzeichnungen und Erinnerungen« von Abgeordneten des Deutschen Bundestages einen kurzen 15-seitigen Lebensbericht gegeben, der allerdings zur Parteigeschichte der CDU nichts beiträgt. Das gilt weitgehend auch für die im selben Band enthaltenen, fast 200 Seiten umfassenden Erinnerungen des CDU-Abgeordneten Manfred Luda, der dem Bundestag von 1961 bis 1980 angehörte. Wie die Mehrzahl der in dieser Reihe zu Wort kommenden Abgeordneten ermüdet auch Luda über weite Strecken den Leser mit vielen Belanglosigkeiten, mit einer oft zur Schau gestellten Eitelkeit oder mit so banalen Feststellungen wie dieser: »Die Parteiarbeit ist überhaupt Voraussetzung und ständiger Rückhalt für Erlangung und Bewahrung eines Mandates« (S. 180). Von einigem Interesse ist allerdings die Schilderung Ludas über die Vorgänge auf dem CDU-Bundesparteitag in Stuttgart im April 1956, an dem er als Vertreter des Landesverbandes Westfalen-Lippe teilnahm und an dem der Versuch unternommen wurde, Adenauers Machtbefugnisse als Parteivorsitzender zu beschneiden (S. 63 f.), worauf oben bereits hingewiesen wurde.

Über die in den 70er Jahren sich abspielenden Machtkämpfe und Auseinandersetzungen zwischen den Initiatoren der damaligen Fronde gegen Adenauer, den bis 1986 selbständigen Landesverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe, kann man in einem Sammelband nachlesen, der über Heinrich Köppler erschienen ist. Köppler, der in den 50er und frühen 60er Jahren als Bundesführer der Deutschen Katholischen Jugend und Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken fungierte, war von 1965–1970 Bundestagsabgeordneter der CDU, danach bis zu seinem plötzlichen Tod 1980 Landtagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender in Nordrhein-Westfalen, daneben von 1969 bis 1980 auch Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland. Als solcher hatte er bis 1977 mit Heinrich Windelen und danach mit Kurt Biedenkopf als Vorsitzenden des Landesverbandes Westfalen-Lippe zu tun. In den Beiträgen von Heinrich Windelen, Kurt Biedenkopf und dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion von 1971–1980, Ottmar Pohl, werden vor allem die Konflikte zwischen Köppler und Biedenkopf mehr oder weniger deutlich, und es hat den Anschein, daß Köppler den Machtkampf gegen Biedenkopf bereits verloren hatte, als ihn der Tod ereilte.

Ein überraschend früher Tod beendete im Oktober 1954 auch die politische Karriere einer der herausragenden Persönlichkeiten in der Frühgeschichte der CDU, des heute weitgehend vergessenen Hermann Ehlers. Ehlers, 1904 in der Nähe Berlins geboren, war Zeit seines Lebens aktiver protestantischer Christ, der auch zu seinem politischen Engagement aus dem christlichen Glaubensbekenntnis fand. In der Weimarer Republik Mitglied der Bibelschülerkreise, verweigerte er sich nach 1933 dem Nationalsozialismus. Ab 1936 war er in führender Position in der Bekenntenden Kirche aktiv und fand nach 1945 zunächst ein ihn ganz ausfüllendes Tätigkeitsfeld als juristisches Mitglied des Oberkirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg. Ehlers, in jungen Jahren in der Weimarer Republik antiparlamentarisch eingestellt, kam erst aufgrund der Erfahrungen im Nationalsozialismus zu einer Bejahung der parlamentarischen Demokratie, in der er nun die Staatsform erkannte, die allein dem einzelnen und der Kirche den notwendigen Freiraum zu geben vermochte.

Damit war für Ehlers auch die Anerkennung des Parteienstaates verbunden und konsequenterweise trat er im August 1946 in die CDU ein, die er als »die politische Organisation der durch den nationalsozialistischen Terror zusammengeführten Christen« ansah, »die den als Schöpfungsordnung Gottes begriffenen Staat in der Gemeinsamkeit auch mit Nichtchristen aufbauen wollten« (Meier, S. 236). Als noch wenig bekannter Mann 1949 in den Bundestag gewählt, trat er im Herbst 1950 in das Rampenlicht der Öffentlichkeit, als er als Nachfolger des glücklosen Erich Köhler das Amt des Bundestagspräsidenten übernahm.

Hier erwarb er sich rasch Anerkennung und wurde bereits ein Jahr später mit einer überzeugenden Mehrheit zum stellvertretenden Parteivorsitzenden der CDU gewählt. Nicht wenige sahen in ihm den »Kronprinzen« Adenauers.

Über Hermann Ehlers sind 1991 gleich zwei Veröffentlichungen erschienen: zum einen eine Edition ausgewählter Reden, Aufsätze und Briefe aus dem Zeitraum, in dem er als Bundestagspräsident amtierte; zum zweiten eine Biographie, die das Leben von Ehlers in Kirche und Politik zum Thema hat. Die von Rüdiger Wenzel bearbeitete Edition enthält 46 Reden und Aufsätze sowie 203 Briefe. Die Texte sind knapp kommentiert und werden nur durch ein Personenregister erschlossen – ein an sich bei einer Edition notwendiges Sachregister fehlt. Als Auswahlprinzipien für die abgedruckten Dokumente werden ihre »zeitgeschichtliche und autobiographische Aussagekraft« genannt (S. 45). Auffällig ist, daß es sich bei den Adressaten der abgedruckten Briefe in erster Linie um unbekannte Empfänger handelt, in ihrer überwiegenden Zahl um Pastoren oder sonstige Männer der Kirche. In Erscheinung tritt damit in der Edition nicht der gestaltende Politiker Ehlers, sondern der die parlamentarische Demokratie und die Politik in der Öffentlichkeit rechtfertigende und sie gegenüber seinen innerkirchlichen Kritikern verteidigende Bundestagspräsident. Möglicherweise ist damit auch der wichtigste Aspekt seines Politikerlebens in den Blick genommen worden, denn Karl Dietrich Erdmann schließt die Einleitung, die er dem Band vorangestellt hat, mit dem Satz: Ehlers »wurde in der kurzen Zeit seines Wirkens als Präsident des Deutschen Bundestages zu einem der markantesten politischen Erzieher, den die deutsche Geschichte kennt« (S. 41).

Im Gegensatz zu der wohlformulierten Porträtskizze, die Erdmann als eine seiner letzten Arbeiten kurz vor seinem Tod vollendet hat, ist die Lektüre der Biographie, die Andreas Meier als Dissertation verfaßt hat, mühsam, da sie sprachlich über weite Strecken unbeholfen und bisweilen konfus wirkt und der Lesefluß darüber hinaus durch die zahlreich in den Text eingefügten Zitatblöcke immer wieder gehemmt wird. Zudem drängt sich die Frage auf, ob Meier seinen »Helden« nicht doch manchmal etwas verklärt sieht, ob er nicht zu sehr den gradlinigen, konsequenten »Kirchenmann« herausarbeitet und dabei den machtorientierten und taktierenden Politiker zu wenig in den Blick nimmt. Gleichwohl muß man Meier bescheinigen, daß ihm eine insgesamt ertragreiche Lebensbeschreibung gelungen ist, die auf einer breiten Quellenbasis beruht.

Der mit der Wahl zum Bundestagspräsidenten verbundene kometenhafte Aufstieg von Ehlers in der Politik war darauf zurückzuführen, daß er dem Bruderrat der EKD angehörte und trotzdem einen Wehrbeitrag der Bundesrepublik befürwortete. Nach dem Ausscheiden Heinemanns aus dem Bundeskabinett, das eine wachsende Distanzierung großer Teile der evangelischen Kirche von der westlichen Integrationspolitik der Bundesregierung signalisierte, schien Ehlers in herausgehobener politischer Stellung der richtige Mann zu sein, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dabei lag auch Ehlers noch 1949 der Gedanke fern, »daß die Bundesrepublik ein Kontingent in einer europäischen Armee aufstellen solle« (Erdmann, S. 76). Und selbst 1950 besaß er in dieser Frage aufgrund gesamtdeutscher Überlegungen noch eine gewisse Skepsis (Meier, S. 281 f.). Daß er sich schließlich doch von der Notwendigkeit einer Wiederbewaffnung im Rahmen des westlichen Bündnisses überzeugen ließ, ergab sich für ihn aus der Notwendigkeit der Sicherung der Freiheit, die für ihn nicht nur ein »politisches Postulat« war, sondern »eine Forderung des Glaubens, weil die Würde des Menschen davon abhängt, daß er frei ist« (Meier, S. 322).

Für Ehlers wurde es zunehmend zu einem Problem, daß seine politischen Auffassungen in der Kirche auf eine breitgefächerte Kritik stießen und darüber auch seine freundschaftlichen Beziehungen zu Heinemann und Niemöller zerbrachen. Aber auch in der CDU vertrat Ehlers eine Minderheitenposition, sei es, daß er christliche, und das hieß in der Regel evangelische Standpunkte und Forderungen in der Partei durchzusetzen versuchte (Wenzel, S. 608 f.), oder sei es, daß er in der Deutschlandpolitik eigene Akzente setzte und damit

gegen den Willen des Bundeskanzlers handelte. So empfing er Ende 1952 – gegen das ausdrückliche Votum Adenauers – eine Delegation der Volkskammer in Bonn (Wenzel, S. 523 ff., Meier, S. 406 ff.) und berief im Sommer 1954 gegen den Willen der Bundesregierung die Bundesversammlung nach Berlin ein (Meier, S. 410).

Infolge der Spannungen, denen Ehlers ausgesetzt war, konstatiert Meier eine wachsende Vereinsamung des Mannes aus Oldenburg, der sich von seiner Kirche als »lauer Protestant« abgetan sah und sich in der CDU als religiöser »Kulturkämpfer« belächelt fühlte (S. 396). Meier erkennt Anzeichen, daß Ehlers 1954 Erwägungen über ein Ausscheiden aus seinen politischen Ämtern anstellte, für die sich auch eine Bestätigung in der Edition findet (S. 626). Da es außerdem Hinweise auf eine wachsende »innere Distanz« von Ehlers zur CDU gibt (Meier, S. 415) und man feststellen muß, daß die Politik nicht Ehlers' eigentliche Heimat war, sondern seine Bindung an die Kirche immer enger und elementarer blieb (Meier, S. 395), darf man Zweifel anmelden, ob Ehlers mit Recht als »Kronprinz« Adenauers gehandelt wurde oder dies nicht doch eine grandiose Fehleinschätzung darstellte.

Eine eindeutige Antwort auf diese Frage gibt auch Hans-Peter Schwarz nicht, der nunmehr seine Adenauer-Biographie mit der Vorlage des 2. Bandes abgeschlossen und wohl auf lange Zeit die maßgebliche Lebensbeschreibung des Gründungskanzlers der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt hat. Ehlers kommt in diesem dickleibigen Band nur an wenigen Stellen vor. Schwarz macht deutlich, daß Adenauer stets auf Einbindung »dieses ihm ganz wesensfremden niedersächsischen Parteifreundes« bedacht war, um die »evangelische Flanke der CDU« abzudecken (S. 32 f.). Außerdem wird eine Tagebuchnotiz Blankenhorns vom Oktober 1952 wiedergegeben, der es nicht für ausgeschlossen hielt, Ehlers »in späterer Zeit einmal als Parteichef oder Bundeskanzler wiederzusehen« (S. 33). Von einem »möglichen Nachfolger« Ehlers für Adenauer spricht Schwarz dann *expressis verbis*, als er über den Tod des Bundestagsvizepräsidenten berichtet (S. 170). Schwarz hält sich jedoch nicht weiter damit auf, in diesem Zusammenhang das Nachfolgeproblem detailliert zu erörtern. Welch geringe Chancen Ehlers gehabt haben dürfte, jemals Parteivorsitzender der CDU zu werden, ergibt sich allerdings aus einer Bemerkung Adenauers vom April 1955, daß Parteivorsitzender der CDU ein Katholik sein müsse (S. 237), was in der Folgezeit mit Ausnahme des kurzen Zwischenspiels von Ludwig Erhard auch stets der Fall war.

Schon der Titel »Der Staatsmann«, mit dem der zweite Teil der gründlich recherchierten, überzeugend komponierten und glänzend erzählten Adenauer-Biographie von Hans-Peter Schwarz überschrieben ist, die die Jahre von 1952 bis 1967 abdeckt, weist darauf hin, daß die »Staatsgeschäfte« in dieser Darstellung im Vordergrund stehen. Aber daneben kommt auch der Parteipolitiker und die Partei in den Blick, und nur hierauf soll im folgenden eingegangen werden.

Des öfteren konstatiert Schwarz, daß die Bundes-CDU die 50er Jahre hindurch gegenüber Adenauer »nicht viel politisches Eigengewicht« besaß (S. 350). So hatte sie bei der Regierungsbildung 1957 »so gut wie nichts zu bestellen« (ebd.), und selbst nach dem Rücktritt Adenauers von der Präsidentschaftskandidatur 1959 war »der Sturm in der eigenen Partei [...] ein sanftes Säuseln verglichen mit der gewaltigen Entrüstung in der öffentlichen Meinung« (S. 524). Politisches Gewicht besaßen die Fraktion, besonders von 1958 bis 1961, als Heinrich Krone ihr Vorsitzender war und sie auf Kanzlerkurs hielt, sowie die Landesverbände, vor allem Nordrhein und Westfalen-Lippe, deren Vertreter in der CDU und in der Bundesregierung dominierten.

Seit 1960 allerdings verlor Adenauer sowohl in der Partei als auch in der Fraktion immer mehr an Boden. Die Landesfürsten der CDU entzogen sich »zunehmend hochmütiger seiner Autorität« (S. 594) und demonstrierten Adenauer wiederholt, z. B. beim Fernsehstreit 1960/61, »daß der CDU-Vorsitzende gegenüber renitenten Landesfürsten praktisch machtlos ist« (S. 623). Ab 1961 entglitt ihm auch die Bundestagsfraktion unter dem Vorsitz Heinrich von Brentanos sichtlich (S. 713), und unter dem Stichwort »Parteireform« setzte

der Bundesvorstand 1962 gegen den Willen Adenauers dem amtierenden Parteivorsitzenden mit Josef Hermann Dufhues einen geschäftsführenden Vorsitzenden an die Seite (S. 714 ff.), der sich bald mit Adenauer anlegte (S. 717 f.). Krone konstatierte jedenfalls im Herbst 1962, daß Adenauer »nicht mehr Herr im Hause« sei (S. 719), und Schwarz stellt mit Recht fest, daß Adenauer ab 1962 innerhalb der Union »die zentrifugalen Kräfte nicht mehr auf seine Person zu vereinigen« wußte und zunehmend in die »Isolierung« geriet. Aus der großen Integrationsfigur der CDU – so Schwarz treffend – wurde nun der »Anführer einer innerparteilichen Minderheit« (S. 726).

In der Auseinandersetzung mit Erhard über die Kanzlernachfolge hörte 1963 in der Fraktion auf Adenauer »kein Mensch mehr« (S. 837), und »von der eigenen Partei, die er groß gemacht hat, [wurde] er gnadenlos abgehalftert« (S. 838). Zwar gelang es Adenauer, den Parteivorsitz nach dem Sturz als Kanzler noch bis 1966 zu behalten, doch – so Schwarz – ohne die Machtfülle des Kanzleramtes oder des Fraktionsvorsitzes habe Adenauer als Parteivorsitzender einem »Ritter von der traurigen Gestalt« geglichen (S. 846 f.). Adenauer vermochte Erhard zwar immer wieder zu schwächen – er konnte ihm jedoch nicht den Weg versperren, ihn 1966 auch als Parteivorsitzenden zu beerben. Das definitive Ende von Adenauers immer noch beachtlichem Einfluß innerhalb der CDU sieht Schwarz bereits im Herbst 1965 gekommen, als »Adenauer in eigener Person den Bundespräsidenten aufsuchen und diesem Ludwig Erhard als Kanzler vorschlagen« mußte (S. 910).

Auf die politische Entwicklung hatte Adenauer danach kaum noch Einfluß. Am Sturz Erhards im Herbst 1966, der Adenauer mit Genugtuung erfüllte, war er nicht mehr beteiligt, und bei den anschließenden Willensbildungsprozessen und Entscheidungen, die zu einer Bundesregierung von CDU/CSU und SPD unter Bundeskanzler Kiesinger führten, war Adenauer mehr oder weniger in eine Zuschauerrolle gedrängt – »trotz unablässiger Telefonate« (S. 930). In diesen Wochen wurde nicht nur offensichtlich, wie wenig Adenauer noch politisch zu bewegen vermochte, sondern es zeigte sich außerdem, daß die von ihm »seinerzeit aufgebaute Machtstruktur – Bundeskanzler und Bundesvorsitzender gestützt auf die Bundestagsfraktion – ziemlich zusammengebrochen« war und die »föderalistischen Komponenten der Unionsparteien über den Parteivorsitzenden und die Bundestagsfraktion« obsiegten (S. 930).

Wenn auch infolge der in diesem Forschungsbericht abgehandelten – zum großen Teil gewichtigen – Studien die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der Union deutlich vorangeschritten ist, so gilt doch bis heute die Feststellung Rudolf Morseys aus dem Jahre 1987, daß es bislang »keine dem Standardwerk von K. Klotzbach über die Geschichte der SPD vergleichbare Darstellung« für die CDU gibt. Eine Monographie mit dieser Zielsetzung aus der Feder von Hans-Otto Kleinmann ist zwar angekündigt, bisher aber noch nicht erschienen. Sobald dies geschehen ist, wird es sicherlich ein reizvolles Unterfangen sein, Kleinmanns Ausführungen mit den Ergebnissen der hier vorgestellten Werke zu Teilbereichen der Unionsgeschichte einer vergleichenden Betrachtung zu unterziehen.